

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. S. v. Hoffetten und J. S. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „reihen Diensthmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnbaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

U n d s c h a u.

Berlin, 21. August.

Wenn damit Friede in **Deutschland** ist, so sind die Friedensabschlüsse zwischen Preußen und seinen Gegnern theils abgeschlossen, theils können sich seinem Abschlusse kaum noch Hindernisse oder Verwickelungen entgegenstellen. Wenigstens versichert die „Kreuzzeitung“, wenn auch noch keine officielle Meldung vorliegt, doch als zuverlässig, daß der Friedensabschluß mit Oesterreich erfolgt sei. Von dem Inhalte des Friedenstractates verlaute bis jetzt nur, daß der österreichisch-preussische Zollvertrag in Kraft bleiben soll. Einzelne Modificationen sind späteren Verhandlungen vorbehalten. Bis dahin bleibt der bisherige Zollvertrag provisorisch in Kraft. Ebenso behauptet die „Kreuztg.“ daß mit Bayern der Friede hergestellt sei. Nach dem „Nürnberg Correspondent“ hat Preußen auf die Abtretung von Riffingen in Unter-Franken sammt den dazu gehörigen Bezirken bestanden, ist dagegen von weiter gehenden Forderungen, Bairceuth, Nürnberg und Anspach, zurückgetreten. Die Höhe der Kriegskosten wird zu 12, von anderen Zeitungen auf 35 Millionen Gulden angegeben. Auch wird ein Landstrich nach Hof zu mit einer Bevölkerung von 300,000 Einwohnern unter den feststehenden Forderungen Preußens bezeichnet. Der König von Bayern hat persönlich für die Förderung der Verhandlungen, sowie für die Herbeiführung günstigerer Friedensbedingungen mitgewirkt und lebhaften Antheil daran genommen. Mit Baden ist nach einer in Karlsruhe aus Berlin eingetroffenen Depesche der Friedensvertrag am 17. August unterzeichnet worden. Nach der „Karler Ztg.“ enthält der Vertrag sehr wichtige Bestimmungen in Betreff der Handels- und Verkehrsverhältnisse. Es ist die Fortdauer des Zollvereins festgesetzt und bestimmt worden, daß in kurzem Verhandlungen wegen definitiver Regelung der Zollvereins-Verhältnisse zu beginnen haben. Dann ist der Zusammentritt einer Conferenz in Aussicht genommen, um für das deutsche Eisenbahnwesen längst schwer vermischte Normen festzusetzen. Es soll sich dabei insbesondere um die Mittel für die Förderung des Personen- und Güterverkehrs, ferner um eine Regelung der Concurrenz-Verhältnisse ohne Benachtheiligung der allgemeinen Verkehrs-Interessen, dann um die Aufstellung gemeinsamer Grundsätze für die Concessionirung neuer Eisenbahnlinien handeln. Endlich ist die Einstellung der Erhebung der Schiffsabgaben auf dem Rheine vom 1. Januar 1867 in diesen Staatsvertrag aufgenommen. Es ist zu erwarten, daß die beiden anderen deutschen Uferstaaten gleichzeitig dieselbe Maßregel treffen werden. Ein Extrablatt des „Dr. Journ.“ meldet, daß zufolge einer an die Landescommissarion am heutigen

Tage gelangten Entschickung des Königs Johann dem Herrn Staatsminister Frhrn. v. Beust die von demselben erbetene Entlassung allergnädigst bewilligt worden ist. Die übrigen Staatsminister haben sich dem Entlassungs-Gesuch des Frhrn. v. Beust angeschlossen, es hat jedoch der König diese Gesuche nicht angenommen, indem von ihm die für das erstere angeführten Beweggründe für die übrigen Mitglieder des Gesamt-Ministeriums nicht als maßgebend befunden worden sind. — In Leipzig ist eine Versammlung preussischer Richtung aufgelöst worden, weil die polizeiliche Anmeldung derselben versäumt worden war. Ein Theil der preussischen Blätter geräth über diesen „Hohn gegen die preussische Verwaltung“ in große Entrüstung. Dasselbe würde aber auch jeder politischen Versammlung in Preußen, wenn sie nicht angemeldet worden, geschehen sein. Man thäte gut, mehr vor der eigenen Thür zu kehren. Anlaß dazu ist da. — England und Rußland haben sich für das Verbleiben der Provinz Oberhessen bei Darmstadt aus verwandtschaftlichen Gründen bemüht. So wird in allen unterrichteten Kreisen versichert. Das Verbleiben, das heißt, der Verlust der Provinz für Preußen, wird denn auch als wahrscheinlich betrachtet. Der Großherzog hatte einen Austausch beinahe abgelehnt. Wie man jetzt einen Theil von Hessen-Darmstadt in den norddeutschen Bund hineinziehen, der anderen Süddeutschland überlassen will, ist ein Problem. Die Integrität des Großherzogthums in dessen gegenwärtigem Bestande scheint übrigens nichts weniger, als gesichert. Eine Arrondirung zu Gunsten Preußens dürfte jedenfalls stattfinden, beispielweise Hessen-Homburg an Preußen fallen. Auch glaubt man, daß Preußen das Besatzungsrecht, und hoffentlich das ausschließliche, in Mainz haben werde. Aus dem allem geht hervor, daß die Angelegenheit noch nicht endgültig geregelt ist. — Wie es in politischen Kreisen heißt, allerdings nicht in vollkommen verbürgter Weise, sollen Baden und Hessen-Darmstadt den Eintritt in den norddeutschen Bund beantragt haben. Preußen habe dies aber als für jetzt unmöglich abgelehnt. — Die Wiener „Presse“ erhält aus Frankfurt a. M. eine Zuschrift, die folgendermaßen schließt:

Der verfluchte Bürgerhohn! sagen die Preußen. Nun, der bleibt uns. Und wenn wir einverleibt werden, so werden wir es gewiß nicht als Anhänger des herrschenden Systems, sondern als geborene Mitglieder der Oppositionspartei, die überall und selbst in Preußen eine Frage frei haben — an die Zukunft.

Der „l'Univers“ veröffentlicht vor einigen Tagen einen Brief Papsi Pius IX. an den Kaiser Ferdinand von Oesterreich vom Jahre 1848, in welchem die Abtretung Lombard-Venetiens anempfohlen wurde. Der „Volksfreund“ leugnet diesen Brief ab und fügt hinzu, daß er zu wissen glaube, daß der heilige Vater der Letzte gewesen wäre, Oesterreich zur Abtretung Venetiens zu rathen und daß eher das Gegentheil geschehen sei. Die

Wiener „Presse“ bricht hierbei in die bezeichnenden Worte aus: „Wir nehmen von diesem Bekenntnisse mit dem Beifügen Act, daß hoffentlich für immer die Zeit vorüber ist, in welcher Oesterreich sich für fremde Interessen opferte.“

Der Kaiser von **Frankreich** hat als Zeichen besseren Befindens wieder eine Spaziersfahrt im Boulogner Gehölz gemacht, worüber die Pariser sich sehr gefreut haben, und auch die durch die Unterhandlungen mit Berlin hervorgerufene Aufregung macht einer ruhigeren Anschauung Platz, was indeß einen Theil der Journale nicht abhält, noch immer heftig über Preußen herzufahren. Die „France“ spricht sich ziemlich scharf gegen das Verfabren Preußens aus, das sie eine Rückkehr zu den Methoden des alten Europas nennt. — Trotz aller ihrer Energie, wie bestimmt verlautet, hat die Kaiserin von Mexiko in ihren seitherigen Besprechungen mit Napoleon noch nichts durchsetzen können, und die öffentliche Meinung wird für den Gedanken neuer Opfer zu Gunsten Mexiko's von Tag zu Tag unzugänglicher. Nachdem es ein öffentliches Geheimniß geworden ist, welche Stimmung die Kaiserin Charlotte gezeigt hat, als ihr Saint-Nazaire die Nachricht von der Niederlage Oesterreichs gegeben wurde, glaubt man hier bezweifeln zu dürfen, daß sich dieselbe noch nach Wien begeben wird.

In **Italien** ist ein königliches Amnestiedecret erschienen — und Preußen?

Auf **Candia** ist ein Aufstand ausgebrochen, der einen sehr ersten Charakter zu haben scheint und sich nicht mehr auf die Insel selbst beschränkt, sondern sich auch den übrigen Punkten Griechenlands mitgetheilt hat. Die griechischen Journale erklären, daß die Nation im Jahre 1821 nur zu den Waffen gegriffen habe, um die Pötreifung aller christlichen Provinzen von der Türkei zu bewirken. Die Emancipation Griechenlands sei nur die erste Etappe auf dem Wege zur Befreiung aller griechisch-slavischen Stämme von der türkischen Herrschaft und zu einer Union aller christlichen Völker des Orients gewesen.

Ausland.

Spanien. [Spanische Wirtschaft.] Seit der Ernennung des Marschalls Narvaez zum spanischen Minister-Präsidenten verlautet nur wenig über den wirklichen Stand der Dinge in Spanien. Das Schreckenssystem, welches dort nach dem Sturze O'Donnell's eingeführt wurde, ist der Art, daß fast Niemand mehr den Muth besitzt, sich, selbst in Privatbriefen, offen auszusprechen. Dem „Avenir National“ sind aber doch einige Nachrichten zugegangen und er entwirft von dem Stande der Dinge in diesem unglücklichen Lande folgendes Gemälde:

Man kann sich nur schwer eine Vorstellung von der Lage machen, in welcher sich Spanien gegenwärtig befindet. Seit den Zeiten der Inquisition und Per-

binand's VII., des rey neto, herrschte kein solcher Schrecken, keine solche Todesfille. Der liberale Despotismus O'Donnell's hat den absoluten Despotismus Narvaez herbeigeführt, dem die Königin das Wohl der letzten Krone des letzten Bourbonen anvertraut hat. Alle liberalen Journale sind ungedruckt. Die wenigen Blätter, welche am Leben geblieben sind, beschränken sich darauf, der Correspondencia, einem kleinen officiellen Blatte, nicht etwa die politischen Nachrichten, sondern die bedeutendsten Dinge nachzudrucken. Es giebt keine Journale und Vereine mehr. Die öffentlichen Locale werden um 10 Uhr Abends geschlossen. Es ist der Tod eines Volkes von 17 Millionen. Der Marschall Narvaez, der Europa mit den ersten Fragen beschäftigt sieht, glaubt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich wegen seines Auftretens nicht bennütigen wird. Jeden Tag werden in Madrid und auf der ganzen Halbinsel, namentlich in Barcelona und Sevilla, Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen. Bei Einbruch der Nacht durchziehen Gend'armie-Patrouillen mit geladenen Gewehren die Straßen. Alle diejenigen, welche Spanien verlassen können, thun es. Wenn wir nicht befürchteten, die Aufmerksamkeit der spanischen Polizei nachzurufen, so würden wir Beispiele von Aufsepfung ansühren, welche zugleich den inquisitorischen Despotismus des Marschalls Narvaez und die Mittel darthun würden, zu denen man seine Zustucht nehmen muß, um ihm zu entgehen. Ein Privatschreiben, es ist die einzige Hilfsquelle, die uns bleibt, um zu erfahren, was jenseit der Pyrenäen vorgeht, sagt: „Seit der Cholera vom letzten Jahre hat man Madrid nicht so verlassen gesehen. Man fürchtet sich, um nicht geächtet, verhaftet, erschossen zu werden.“ Die spanischen Flüchtlinge wehren sich im Süden Frankreichs. Narvaez hat die Ueberwachung der Erziehung des Prinzen von Asturias dem Erzbischof von Burgos, einem der Chefs der ultramontanen Partei, zurückgegeben. Man will die religiösen Orden, die seit 1840 gänzlich verschunden waren, wieder herstellen; die neue Regierung kann sich nur auf Bayonnette und Antie stützen. Die Gewaltthätigkeit verleiht aber keine Kraft und es giebt viele Leute, die glauben, daß die Königin Isabella, welche sich in das Land der Vasken begeben hat, nicht mehr nach Madrid zurückkehren wird. Narvaez ist unter einem Regime, das nur dem Namen nach constitutionnel ist, der absolute Herr. Aber was kann er ausrichten? Die spanischen Finanzen existiren nicht mehr; alle Geschäfte stehen auf dem Punkte, zu Grunde zu gehen, und die Unzufriedenheit ist eine furchtbare. Diese Lage kann nicht lange anbauern. Es sind, man muß es hoffen, die letzten Zuckungen einer ganzen Vergangenheit politischer und religiöser Verdummung. Frankreich kann viel für Spanien thun, aber nicht durch eine officielle oder officiöse Intervention, sondern durch den Druck der öffentlichen Meinung. Was sich in Spanien zuträgt, kann nur mit dem verglichen werden, was in Neapel unter anderen Bourbonen geschah.

Bur Agitation für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht.

Belanntmachung.

Der Rheinisch-Westphälische Arbeitertag wird aus lokalen Gründen nicht Sonntag, den 26. August, sondern

Feuilleton.

7. Populäre Beleuchtung der jetzigen Groß-Industrie und der künftigen Productiv-Associationen.

(Fortsetzung.)

3) Schäden und Nachteile der Groß-Industrie im Allgemeinen.

Unter denselben steht obenan:

a) die Vernichtung der Klein-Industrie, des Mittelstandes.

Bevor der Besitz resp. die Verbindung großer Kapitalien, die erstaunlichen Fortschritte der Technik (Maschinen, Dampfkraft, Eisenbahnen u. s. w.) und ein massenhaftes Proletariat die Industrie in den Stand setzten, fast jede productive menschliche Thätigkeit in ihren Bereich zu ziehen, wozu sie jetzt gewissermaßen gezwungen wird, weil eine grenzenlose Concurrenz außer dem Aufsuchen weiterer Absatzwege (Handelsverträge mit fremden Nationen) auch die Schaffung immer neuer Fabricationszweige zur absoluten Nothwendigkeit macht. — Bevor, mit einem Worte, die Groß-Industrie ihre gegenwärtige unermessliche Ausdehnung erlangt hatte, wurden die Producte, welche jetzt durch Anwendung von Dampf und Maschinen und bei möglicher Arbeitstheilung in großen Massen fabricirt werden, handwerksmäßig hergestellt. Das war die „gute, alte

Sonntag, den 2. September,

in Barmen stattfindend.

Diejenigen Orte in Rheinland und Westphalen, wo noch keine öffentliche Versammlungen stattfanden, werden hiermit aufgefordert, solche bis zum 2. September jedenfalls anzuberaumen.

Berlin, den 21. August 1866.

Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins
A. Berl.

Aus Ronsdorf berichtet man uns:

Ronsdorf, 15. August. Am Sonntag den 12. d. wurde hier eine von dem Bevollmächtigten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins Herrn Ernst Wille anberaumte Volksversammlung abgehalten, in welcher Herr Vorfischer aus Barmen sich in einer kräftigen Rede über das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht und das gegenwärtige Dreiklassen-Wahlgesetz verbreitete. Er hob besonders hervor, daß das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht schon von Friedrich Wilhelm IV. acceptirt worden sei, dem preussischen Volke aber später das Dreiklassen-Wahlgesetz octroyirt sei, was durch die Kammerbeschlüsse genehmigt wurde, und daß bei dem gegenwärtigen Klassen-Wahlssystem es keinem Arbeiter möglich sei, an den Wahlen Theil zu nehmen, weil derjenige Bürger, resp. Arbeiter, der nicht vier Thaler directe Steuern zahle, auch nicht wählen dürfe, und daß er das als das größte Unrecht und den Hauptgrund unserer tiefen Verumpfung ansehe; er fordere daher einen jeden deutschen Arbeiter auf, unerschütterlich an der Forderung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts fest zu halten, da er die gegenwärtige Zeit zu dieser Forderung für sehr zweckmäßig halte. Sodann schilderte er, wie das Haus Habsburg seit mehr als 200 Jahren an der Einigkeit Deutschlands gewirkt habe und nichts zu Stande gebracht habe, daß dagegen wir gewonnen seien, energisch mit und durch Preußen in jüngster Zeit ein einiges Deutschland herzustellen.

Demnach ergriff Herr Hennig aus Ronsdorf das Wort und verbreitete sich über die Revolutionszeit von 1789. — Er wies darauf hin, daß auch da schon die Idee des Volkes auf dem allgemeinen Stimmrecht gestützt hätte; man hätte aber auch in jener Zeit den Arbeiter mit einer feinen Politik zu hintergehen gewußt und die Besetze im Interesse der Ausbeutung organisirt. Daß es nun nothwendig an der Zeit sei, diesen Uebelständen abzuhelfen, zeige uns der heutige Arbeiterstand, der wohl einem jeden klar sein möchte. Ferner verbreitete er sich über die jüngste deutsche Entwicklung, in welcher Preußens Siege so glänzend ausgefallen seien. Dieselben seien uns durch das mit dem vollen Bewußtsein einer weltgeschichtlichen Fortentwicklung der deutschen Nation begabte preussische Volk erkämpft nicht aber durch ein blindes Dreinschlagen. Die Ehre, die uns zu Theil wurde, Leben und Blut auf dem Schlachtfelde einzusetzen für Deutschlands Größe, — solle uns nicht die auch in der Gesetzgebung zu gute kommen; solle wieder dieses Blut für nichts, als den Rathwillen der Fürsten gekostet sein? Es wäre zu schmachvoll, denken zu müssen, daß solchem verheerenden Bejähnen der Fürsten nicht ein Ende gemacht würde. Lassen Sie uns daher — fährt Herr Hennig fort — einmüthig, wie ein Mann, unsere Stimme erheben, um

durch die Gewinnung der öffentlichen Ueberzeugung und in dem vollen Bewußtsein, daß die gesammte Arbeiterschaft die erste Macht der Erde ist, auf Erreichung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts hinzuwirken. Es ist dieses das erste und sicherste Mittel, welches dem Arbeiterstand zu etwas führen muß; es gilt wie auch Lassalle sagt, kein anderes mehr für uns.“ Ferner beschloß Herr Hennig noch die nutzlosen Kämpfe der Fortschritts-Partei; daß auch diese ihrem Ende nahe sei und endlich unterliegen müsse; daß wir dagegen die Bahn, die uns Lassalle vorgezeichnet, als selbstthätige Arbeiterpartei energisch bis an's Ziel verfolgen wollten und müßten. Es wurde hierauf nachsichende von Herrn Ernst Wille vorgeschlagene Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen:

In Erwägung:

- 1) daß der Arbeiterstand, wie Jedem einleuchten muß, in jeder Beziehung zurückgesetzt, und daß es daher die größte Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich mit aller Energie dieser Zustände zu entledigen;
- 2) daß zur Abhilfe dieser Uebelstände das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht als der Kernpunkt aller dem Volke bisher vorhandenen Rechte nothwendig erscheint,

befiehlt die heutige Volksversammlung, Alles anzubieten zu wollen, damit das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht in Staat und Gemeinde eingeführt und demnach durch eine wahre Volksvertretung ein einiges Deutschland geschaffen wird.

Hierauf Schluß der Versammlung.

Johann Gerhardt,
Schriftführer.

Aus Solingen schreibt man uns:

Solingen, 20. August 1866. Gestern fand hier in Folge der Versagung des Präsidiums des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, durch die Mitglieder dieses Vereins veranlaßt, eine allgemeine Volksversammlung statt, in welcher folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde:

In Anbetracht, daß der Arbeitslohn nicht mehr gleichen Schritt hält mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen des Arbeiters;

In Anbetracht, daß die bisherige Landesvertretung zur Beseitigung dieses Uebelstandes noch nichts gethan;

In Anbetracht, daß eine gründliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse nur durch eine gerechte Volksvertretung möglich ist, und solche nur durch das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung erzielt werden kann;

In Anbetracht alles dessen, wolle die heute in Solingen tagende allgemeine Volksversammlung beschließen, dieses dem Volke so lange entzogene, ihm natürlich gehörende Recht mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln von einer hohen Staatsregierung zu fordern, in Kammer und Parlament, und als Garantie für dieses Wahlrecht eine allgemeine Volksbewaffnung; ebenso protestiren gegen jede Trennung Deutschlands und erklären, daß sie ein einiges, einheitliches Vaterland will.

Die Minorität betrachtete die Resolution als nicht mehr zeitgemäß und schlug eine Resolution für Versammlungs-Recht und freie Presse als zeitgemäß vor, was jedoch die Versammlung ablehnte, um nicht durch Hinfügung der Forderungen die Einheit und Kraft der Agitation zu schädigen, eingedenk der Worte Lassalle's:

Zeit, in welcher das Handwerk noch einen goldene n Boden hatte. —

Der Handwerker (Meister) stellte mit seinen Gehilfen (Gesellen und Lehrlingen), welche von ihm Wohnung und Beschäftigung empfingen (patriarchalisches Familienleben), die betreffende Waare — z. B. der Büchsenmacher Gewehre — vollständig her und verkaufte seine Producte ohne Zwischenhändler direct an die Consumenten (Kunden). Die verschiedenen Handwerke bildeten je eine Zunft, eine organisirte Verbindung, deren Gesetze die Erlangung der Meisterschaft erschwerten und dadurch das Handwerk vor Ueberfüllung (maßloser Concurrenz) schützten. Das Geschäft ging in der Regel auf den ältesten Sohn des Meisters über. Hatte dasselbe unter einigen Generationen geblüht und die Meistersfamilie reichlicher erworben, dann zog sich dieselbe vom Geschäft zurück ins behagliche Bürgerleben; die angesammelten Kapitalien wurden gegen landesübliche Zinsen verliehen und der ehrsame Meister avancirte zum behäbigen Rentner.

Der im Vergleich zu dem späteren Fabrikbetriebe äußerst beschränkte Gewerbebetrieb der Handwerker erforderte keine bedeutende Geldmittel, und so war es möglich, daß selbst ein unbemittelter Geselle, wenn er die sonstigen erschwerten Bedingungen der Meisterschaft erfüllte, sich durch Geschicklichkeit, Fleiß und Sparsamkeit aus dem Proletariat zum Mittelstande emporarbeiten konnte.

Als in spätern Zeiten durch die in Folge der Entdeckung fremder Länder und Welttheile zu großem Auf-

schwunge gelangte Schifffahrt neue Absatzmärkte in nie geahnter Ausdehnung ermittelt worden, gewann in der alten Welt die Gewerbthätigkeit eine Bedeutung und einen Umfang, mit welchen die alten beengenden Formen und Fesseln des Zunftwesens unverträglich waren. Das Kapital bemächtigte sich zunächst des Handels. Kapitalisten kauften die Waaren auf und versandten sie auf selbst angeregten Handelschiffen in ferne Länder. So entstand die Sippschaft der Zwischenhändler (Commissiönäre), welche im Laufe der Zeit eine Herrschaft über die gesammte Industrie erlangt hat, die es ihr möglich machte, in Deutschland fabricirte Waaren in Amerika mit 300 Procent Nutzen, allerdings einschließlich der Verzollungs-, Versicherungs- und Transport-Kosten, zu verkaufen. —

Glänzende Erfolge ermunterten andere Kapitalisten zur Nachahmung; allein kein Keil treibt den andern.“ Die Concurrenz im Handel veranlaßte habgierige Besitzer von Kapitalien, die auf dem Handelsgebiete nicht reussiren zu können glaubten, sich der Fabrication (Industrie) zu bemessen.

Mit den riesigen Dimensionen, welche der Welthandel annahm, mußte sich natürlich auch die Fabrication steigern. Um der Nachfrage nach Waaren genügen zu können, erfind man raffinirte, unermessliche Systeme, welche die Industrie zur Massenfabrication befähigte. Das sogenannte Dampfsystem, welches den Uebergang zur Centralisation der Fabrication bildete und zur Arbeitstheilung, sowie endlich zur jetzigen Groß-Industrie führte, bewirkte einestheils die größere Leistungsfähigkeit der